

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Sütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich, Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.80 M. Einzelgenuss die Ggelpost. Mitteilungszeit für Arbeitsnachweise 75 Pfg. Geschäfts- und Privatannoncen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelhof 17. Telefon 3366-87. Schluss der Redaktion: Samstag, morgens 11 Uhr. Zuschriften und Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Nummer 32

Duisburg, den 7. August 1920

21. Jahrgang

Zum Verbandstag

Die gewerkschaftliche Organisationsaktion hat die keineswegs leichte Aufgabe, den bestmöglichen Weg zu einer besseren Zukunft zu sichern. Die Gewissenserforschung, zu der die Generalversammlung einer jeden Organisation verpflichtet ist, muß sich nicht nur auf den gesamten Aufgabebereich unseres Verbandes, sondern auch auf alle Glieder unseres Verbandes erstrecken.

Die Mitgliederzahl unseres Verbandes hat den erfreulichen Anstieg zur Viertelmillion zu verzeichnen. Indes diese zahlenmäßige Wertung unseres Verbandes kann und darf uns nicht genügen. Mit dem Massenstrom von Mitgliedern ist in der Gewerkschaftsbewegung nicht in gleicher Weise gewerkschaftlicher Opferwille, Kampfkraft und Fleißarbeit gestiegen. Wir konnten im letzten Jahre schnelle und leichte Erfolge einheimen, die erst noch gewaltig ausgearbeitet werden müssen, wenn kein Rückschlag eintreten soll. Unter dem Einfluß der revolutionären Bewegung wuchsen die Erfolge zu großen, vielfach Scheinerfolgen aus. Man sprach früher von Talmtgold. Die Goldstücke aus den Bohndübeln sind längst verschwunden, und wir waren froh, mit dem vermehrten Papiergeld die Kaufkraft des Lohnes halbwegs auf der Höhe zu halten. Das Trugbild der gesteigerten Löhne ließ das nüchterne Urteil nicht ausreichend zur Geltung kommen.

Die Zeit der leichten Erfolge ist nun vorüber, wir werden uns an die zähe gewerkschaftliche Arbeit der Vorkriegszeit wieder mehr erinnern und gewöhnen müssen. In jene Zeit, die erst nach Jahren härteste, dafür aber auch dauernde Erfolge gebracht hat. Hierfür aber fehlt noch allzuviele das Verständnis und hier liegt die Schwäche der gewerkschaftlichen Position. Stellen wir einmal allerorts schon vor der Verbandsgeneralversammlung die Gewissenserforschung, wie es mit diesem Verständnis in unseren Reihen steht.

Dem aufmerksamen Beobachter zeigen sich in der Bewegung neben der rein gewerkschaftlichen Wertung der Organisationsaufgaben, in der Hauptsache noch etwa drei Meinungsgruppen.

Eine nicht geringe Zahl von gewerkschaftlichen Mitgliedern beurteilen ihre Organisation unter dem Gesichtswinkel der Unterstützungskasse. Ihre banale Fragestellung lautet: Wieviel bekomme ich? und hintennach: Wie hoch ist der Beitrag? Dieser grundsätzlichen Wertung der gewerkschaftlichen Organisation muß wieder mehr nachdrücklich begegnet werden. Der billige Jakob in der Gewerkschaftsbewegung konnte die Massen nicht gewinnen. Zudem bildet der laufende Beitrag kein ausschlaggebendes Gradmesser zum Vergleich verschiedener Verbände. Im sozialistischen Lager sind die Einnahmen für Beiträge und Sammlungen in der Regel höher, als bei uns, und noch schwerer wiegt die Einbuße, die unter das Konto Butsche, wilde Streiks usw., auf jener Seite einzugehen sind. Ebenso bleibt vielfach unbeachtet, daß es ein wesentlicher Unterschied ist, ob die Beitragsleistung im Interesse der Arbeiterschaft geleistet wird, oder in der Hauptsache dazu dient, der Anarchie Vorschub zu leisten, wie im Deutschen Metallarbeiterverband.

Eine andere Meinungsgruppe sieht in der Gewerkschaft nur den Automat zur Steigerung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit. Gibt der Automat nichts mehr ab, so gilt er als unbrauchbar und die alte Redensart, „es nützt ja doch nichts“, kommt wieder in Kurs. Die alten Kollegen wissen noch aus Erfahrung, daß Erfolge auch in der Abwehr möglich oder bei zu schwacher Organisation auch unmöglich sind. Die gewerkschaftliche Wehrlosigkeit aber müßte sich fürchtbar rächen durch die Preisgabe dessen, was doch erst in Jahrzehnten mit schweren Opfern errungen wurde, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft als gleichberechtigter Stand.

Eine dritte Meinungsgruppe ist neueren Datums und läßt sich mit dem bekannten Schlagwort charakterisieren: „Alle Macht den Räten.“ Der revolutionäre Wahn hat vor allem in der sozialistisch gerichteten Gewerkschaftsbewegung die Köpfe verwirrt. Das Verbandsorgan hat diese, der sozialistischen Gedankenwelt entsprungene Meinung in ihren verhängnisvollen Trugschlüssen gekennzeichnet. Ab und zu lassen sich gewerkschaftlich weniger erfahrene Kollegen von radikalen Illusionen in den Werkstätten anstecken. Was uns Not tut, ist die Sanie-

rung unserer Wirtschaft. So wie z. B. bei der Firma Strupp in München im ersten Halbjahr 1919 darf es nicht gehen. Etwa zwei Stunden Arbeit und sechs Stunden politisieren, gibt keinen Achtstundenlag, im zweiten Halbjahr hat sich dies geändert, weil infolge eines Millionendefizits das Werk geschlossen werden mußte. Wir laufen Gefahr, mit radikaleren und spiritistischeren die kleine Tagesarbeit in den Hintergrund zu drängen, die Vorgänge im Deutschen Metallarbeiterverband zeigen mit aller Deutlichkeit diese Gefahr für die gewerkschaftliche Organisation.

Die in Kürze vorstehend angeführten Meinungsgruppen sind wohl in allen Verbänden, auch bei uns, anzutreffen, von der letzten radikalen Gruppe abgesehen. Radikale kommen bei uns nicht auf ihre Rechnung und Spindel fallen auf, wenn sie aus der Reihe tanzen. Bei Durchsicht der gestellten Anträge konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, als hätten einzelne Gruppen durch ihre Anträge an die zuerst getragene Meinungsgruppe starke Konzessionen gemacht.

Von Elbing wird die Einführung von gleich zwei unteren Beitragsklassen beantragt; damit ist den Kollegen sicher nicht gedient, weil bei niedrigen Beiträgen der Anteil für die allgemeinen Ausgaben (für Agitation, Verwaltung, Wohnbewegungen, Bildungsmittel usw.) so hoch wird, daß ausreichende Unterstüßungen nicht geboten werden können.

Köln-Chrensfeld beantragt zeitgemäße Unterstüßungsjahre, Lokalkassen-Anteile und die Besoldung der Beamten durch die Hauptkasse. Das wäre vorläufig für unsere Verwaltungen eine angenehme Sache, unangenehm würde die Sache erst dann, wenn die Deckung der Ausgaben nicht mehr bestritten werden kann. Wenn wir das Ausgaben-Konto des Verbandes beäugen durch Anträge, so muß auch für die Deckung durch Anträge Sorge getragen werden; das vermissen ich unter den Anträgen von Köln-Chrensfeld. Mit der Notenzeitschneide können wir allerdings nicht anfangen. Nach den Rezepten im Kochbuch läßt sich auch nicht verfahren, weil es dort nur heißt, „man nimm“.

Anderen Anträgen, wie z. B. auf Erhöhung der Unterstützungskasse, Wegfall der Höchstbegrenzung bei Streikunterstützung hinsichtlich der Kinderzahl wird die Generalversammlung wohl Rechnung tragen müssen. Ohne Zweifel muß auch unser Beitrags- und Unterstützungswesen den Zeitverhältnissen angepaßt werden. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Münchener neueste radikale Gruppe, die Syndikalisten, einen wöchentlichen Beitrag von 10 Mark für Kampfeszwede angesetzt haben, ohne den laufenden Beitrag von 2 Mark. Eine solche Ueberspannung wird bei der großen Zahl der Kollegen auf Widerstand stoßen, zumal bei den Anforderungen der gesetzlichen Versicherungsbeiträge und der Steuerabzüge. Die Generalversammlung wird jedoch auch zu erwägen haben, daß die Metallarbeiterchaft vor einer äußerst kritischen Situation steht. Der radikale Wahn wird sich schließlich doch in fruchtlosen Kämpfen entladen und im anderen Falle verschlingt die Arbeitslosigkeit große Summen und zieht gewerkschaftliche Kämpfe nach sich, sobald die Geschäftslage sich bessert. Würde sich die Generalversammlung für den niedrigsten Antrag entscheiden, welcher 2,20 Mark pro Woche in der Normalbeitragsklasse an die Hauptkasse abgeführt wissen will, dann müßte dafür unter allen Umständen gesorgt werden, daß die erste Beitragsklasse in größerem Maßstabe Anwendung findet.

Die Kollegen von Cannstatt möchte ich bitten, mit dem Rätsel zu lösen, wie man „neben anderen sozialen Aufgaben sich mehr der Bodenreform und Siedelungspolitik widmet“, ohne sich politisch zu betätigen? Ihr Antrag verlangt nämlich das erstere und wendet sich (im weiteren Antrag) gegen die politische Betätigung des Verbandsvorsitzenden.

Ein Erfahrungssatz aus dem Kriege lautet: „Stellung erobern ist leichter, wie Stellung halten.“ Die rechtliche Stellung, die sich die Arbeiterschaft schon vor der Revolution und danach errungen hat, zu halten, ist eine der größten Aufgaben. Unser Verbandstag wird deshalb die finanziellen und geistige Rüstung unseres Verbandes in den Mittelpunkt seiner Beratungen stellen, um für die kommenden Aufgaben gewappnet zu sein.

Die Aufgaben der Generalversammlung sind diesmal von ganz besonderer Tragweite. Ein wirtschaftlicher Verband, der neben der geistigen und gewerblichen Ausbildung seiner Mitglieder, die Verbesserung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage durchsetzen will, steht sich heute vor so gewaltigen Aufgaben gestellt, daß zu ihrer Durchführung die Mitarbeit und Opferfreudigkeit jedes einzelnen Mitgliedes bis zur Höchstgrenze des Möglichen gehen muß. Es ist nicht damit getan, daß große Aufgaben und Ziele im Statut festgelegt sind, sondern auf ihre Durchführung kommt es an. Diese ist vor allem von der Finanzkraft des Verbandes abhängig. Es ist bis jetzt schon viel getan worden, dieses Ziel zu erreichen. Trotzdem muß ausgesprochen werden, daß die Opferfreudigkeit der Mitglieder in keinem Verhältnis mehr zu den Vorteilen und Erfolgen steht, die ihnen der Verband durch seine rege Tätigkeit gebracht hat.

Beim Abschluß eines Tarifes nahm die große Masse der Kollegen alles als ganz selbstverständlich an, machte auch noch so große materielle Vorteile durch den Beitrag den Kollegen zugute kommen. Selbst bedeutende Nachzahlungen durch Tarife mit rückwirkender Kraft wurden mit der größten Selbstverständlichkeit hingenommen. Das aber auch dem Verbandsrechnung getragen werden mußte, für den die Entwertung des Geldes die gleiche Bedeutung hat, wie für die einzelnen Kollegen, daran dachten die meisten nicht.

Angesichts dieser Entwicklung muß gesagt werden, daß die Verbandsmitglieder nicht der Zeit Rechnung getragen haben, denn den Zeitverhältnissen nach müßte die Beiträge schon eine bedeutend höhere Stufe erreicht haben. Schließlich sind wir als Mitglieder die Leidtragenden, denn wir haben das größte Interesse daran, wie die Finanzen unseres Verbandes stehen. Was sind heutzutage ein paar Millionen Mark? Die können unter Umständen in wenigen Wochen aufgebraucht sein. Dazu müssen wir uns darüber klar sein, daß die Zukunft noch dunkel vor uns liegt, während so viel ganz gewiß ist, daß uns noch große wirtschaftliche Kämpfe bevorstehen und Lohnkämpfe sich in Zukunft immer schmerzlicher gestalten werden.

Darum muß unsere Generalversammlung vor allen in die Zukunft blicken und prüfen, wie sich unser Verbandsvermögen gestalten muß, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Es liegen der Generalversammlung bereits mehrere Anträge auf Beitragserhöhung vor. Diese Anträge sind zum Teil Vorschläge zur Neuordnung der Unterstützungskasse angeschlossen. Es ist selbstverständlich, daß die Erhöhung der Beiträge auch höhere Unterstüßungen notwendig machen. Inwiefern diesem berechtigten Verlangen Rechnung getragen werden kann, hängt ja vor allem von der Höhe der Beiträge ab, die festgelegt werden. Es kann aber unter keinen Umständen angehen, daß die Mehreinnahmen durch die Beiträge gleich wieder aus gegliedert würden durch die höheren Unterstüßungen. Damit wäre nicht das erreicht, was erreicht werden muß, eine starke Verbandskasse.

Von den vorliegenden Anträgen zur Beitragsfrage wäre der Antrag Wilhelm-Derhausen nach meiner Ansicht wohl am durchführbarsten. Ein Verbandsbeitrag von 2,40 Mark könnte überall durchgeführt werden, und dadurch wäre auch einigermaßen die Gewähr gegeben, unseren Verband nach innen und außen auszubauen. Darüber müssen sich unsere Kollegen klar sein, daß hiervon in Zukunft die Gestaltung unserer Arbeitsverhältnisse abhängen wird. Opfer müssen gebracht werden auf den verschiedensten Gebieten. Es ist an der Zeit, auch dem Verbandsgrößere Opfer materieller Art zu bringen. Der alte Idealismus und die alte Opferfreudigkeit der Gründerjahre müssen wieder zur Geltung kommen. Unsere Mitglieder müssen sich über alle diese Dinge und über die Stellung unseres Verbandes in der Zukunft klar werden und ihren Delegierten mit auf den Weg geben, dafür einzutreten, daß unser Beitragswesen so ausgebaut wird, daß wir mit Ruhe in die Zukunft sehen können. Darum möge der Verbandstag vom Geiste des alten opferfreudigen Idealismus getragen sein, der in Zukunft mehr als bisher wieder maßgebend werden muß.

Die soziale Abgabegabe

Heinrich Kreil.

(Schluß.)

Als unberechtigt abgelehnt werden mußte das Verlangen auf Abschaffung der sozialen Abgabe. Hierbei ist auch von den Arbeiterführern kein Zweifel gelassen worden. Den Unternehmern und Kaufleuten sind hunderte von Millionen Mark in die Tasche gestossen, die bei rechtzeitigem Inkrafttreten der Verordnung an die Allgemeinheit abgeführt werden mußten. Nachdem die Gewinne eingeholmt sind, im Augenblick des Inkrafttretens der Abgabe die Aufhebung derselben zu verlangen, ist unbillig. Die augenblicklichen Schwierigkeiten der Industrie sollen nicht verkannt werden. Die Industrie steht vor der Tatsache, mit hohen Materialpreisen hergestellte Waren zu billigen Preisen absetzen zu müssen. Es darf aber die Tatsache nicht außer acht gelassen werden, daß bis vor kurzem der gegenteilige Weg üblich war, daß man bei der anhaltenden Steigerung der Rohmaterialpreise aus den vorhandenen alten Beständen ganz erhebliche Gewinne und Vorteile erzielt hat. So sei nur an die ungeheuerliche Steigerung der Schrottpreise erinnert und als besonders krasses Beispiel die fantastische Steigerung der Lederpreise. Wenn jetzt die Entwicklung den gegenteiligen Weg geht, so ist dies ganz natürlich und mußte von jedem Unternehmer und Kaufmann erwartet werden. Die oben genannten Vorteile aus der Preisentwicklung und die nicht abgeführten Bilanzgewinne boten die Handhabe, sich für den jetzt eingetretenen Fall die nötige Deckung und Reserve zu schaffen.

Die augenblickliche Lage ist unzweifelhaft kritisch. Jedoch sind die Schwierigkeiten nicht von Dauer, sondern vorübergehender Art. Allerdings bedingen dieselben einen Abbau der Preise, wie sie der Verbilligung der Rohstoffe entsprechen und damit bis zum Verbrauch der teuer bezahlten Rohstoffe einen geringeren Verdienst, teilweise auch Verluste. Die Preise müssen herunter, wenn wir zu einer Gesundung unserer Verhältnisse kommen wollen. So leicht Erzeuger und Händler in den letzten Jahren geneigt waren, von Monat zu Monat höhere Preise zu fordern, so wenig ist man jetzt geneigt, abzubauen. Den geringeren Bilanzgewinn will man durch Hochhaltung der Preise im Inland trotz geringerer Rohstoffpreise wettmachen. Dies ist natürlich ein Unding. Nachdem sich die Balance anscheinend zunächst auf dem jetzigen Stand (1400—1500 M. für 100 Gulden) erhält und festigt, ist die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie gewährleistet, wenn sie die neuen Rohstoffpreise ihren Preisberechnungen zu Grunde legt. Die Rohstoffpreise spielen heute in unserer Fabrikation eine ungleich größere Rolle als selbst die Löhne. Dies muß einmal ausgesprochen werden, nachdem man dauernd die Löhne einer Kritik unterzieht. In der hochentwickelten Fahrzeugindustrie (Automobilbau) mit seiner umfangreichen Arbeitsaufwendung verhalten sich in Friedenszeiten die Lohnkosten zu den Materialkosten halb zu halb. Heute betragen die Materialkosten das 7—8fache der Lohnsumme. Nach einigen Angaben industrieller Fachleute stecken in einem Schuhpaar mit einem Fabrikpreis von 400 M. — Kleinhändler 600 M. — nur 23 M. Arbeitslohn. Die Bedeutung des Abbaues der Rohmaterialpreise ist dadurch veranschaulicht und zeigt, daß dieser Weg unbedingt beschränkt werden muß. Selbst nach den Anschauungen hervorragender Vertreter der Industrie, wie dem Industriellen Stinnes, sind wir unter normalen Verhältnissen, auch bei den heutigen Lohnverhältnissen, noch sehr gut auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig.

Die Aussichten der Industrie werden von manchen Interessentengruppen zu schwarz gemalt. Der Bedarf an Gütern, deren Herstellung 5 Jahre unterbunden war, ist noch lange nicht gedeckt. Nur die Preisentwicklung hat Formen angenommen, der die Kaufkraft der Abnehmer nicht gewachsen ist. Nicht ein Käuferstreik ist es, der die Absatzsituation herbeiführt, sondern das Unvermögen der Verbraucher, auch nur die dringendsten Bedürfnisse zu decken. Man müsse die Preise den tatsächlichen Verhältnissen an und die Krisis wird in kurzer Zeit überwunden. Angesichts des riesigen Mangels an Waren ist es ein triviales Spiel, wenn zum Beispiel die Schuhwarenfabriken zu Betriebseinschränkungen, ja sogar Betriebsstilllegungen schreiten, nur mit der Absicht, durch geringere Produktion die Warenbestände, auf denen die Unternehmer sitzen, zu den heutigen hohen Preisen absetzen zu können. Dies Spiel treibt man, trotzdem es an Rohstoffen nicht mangelt, dieselben jetzt zu erheblichen gesunkenen Preisen zu erhalten sind und angesichts der im Verhältnis zu den bisherigen Schuhpreisen geringen Herstellungskosten billiges Schuhwerk jetzt lieferbar ist. Die Arbeiterführer verlangen Welterzeugung der Produktion, wenn es sein muß, selbst gegen den Willen der Unternehmer. Nur Arbeit kann das deutsche Volk retten. Dies so oft gegenüber dem Arbeiter angewandte Wort gilt in demselben Grade auch gegenüber dem Unternehmer. Die deutsche Volkswirtschaft kann sich nicht die willkürliche Stilllegung von Werken leisten. Paßt man sich den wirklichen Verhältnissen an, dann sind unsere wirtschaftlichen Aussichten nicht ungunstig und unsere Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt zurzeit noch unbeschränkt. Die soziale Abgabe kann in diesem Falle zweifellos noch getragen werden, wobei gar nicht verkannt werden soll, daß auch der Zeitpunkt kommen wird, wo dieselbe für unsere Konkurrenzfähigkeit eine Gefahr wird. Jetzt ist dieser Zeitpunkt noch nicht gegeben.

Der Widerstand gegen die soziale Abgabe ist bereits abgeklungen. Die Beratungen der Industriellen unter sich scheinen zu dem Ergebnis geführt zu haben, daß der Kampf

auf Abschaffung der Verordnung im Augenblick ein vergeblicher sei. Direktor Dr. Erdmeyer erklärte in der letzten Sitzung der Zentralarbeitsgemeinschaft unter Zustimmung der übrigen Arbeitgebervertreter, daß sie nicht Gegner der sozialen Abgabe seien und auch nur wenig Arbeitgeber die vollkommene Befreiung gefordert hätten. Ihr Streben sei die Nachprüfung der Verordnung. Befreiung der Fehler in der Tarifsetzung und Anpassung an die Zeitverhältnisse. Dies ist denn auch der allein richtige Weg, auf der sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter begehen. Der Ausschuss für Nachprüfung der Ausführungsabgaben des Wirtschaftsrates hat seine Tätigkeit bereits aufgenommen. Bis jetzt wurden 140 Tarifpositionen einer Überprüfung unterzogen, einzelne erhöht, zum größten Teil aber, bei denen die Prüfung eine Schädigung der beteiligten Gewerkegruppen ergab, eine Anpassung an die tatsächlichen Verhältnisse. Damit dürfte der Weg gefunden sein, der den berechtigten Forderungen der Arbeiter entspricht und auch der Ausführungsindustrie die Lebensbedingungen läßt. Die Industriellen mögen erkennen, daß ihr restloses Ablehnen der Wünsche der Arbeitnehmer nicht zum Ziele führt. Welche sind auf 'Geduld' und 'Verderb' verbunden. Diese Geduld möge sie veranlassen, stets die Wege zu suchen, die ihnen ihre Existenz sichern.

Die Eisenerzversorgung der deutschen Eisenindustrie.

Dr. Georg Jahn.

Zu den verhängnisvollsten Wirkungen des verlorenen Krieges und des Versailler Friedensvertrages gehört unstreitig die Unterbrechung der deutschen Eisenindustrie, eine Tatsache, die in der Wirtschaftsgeschichte unserer Zeit wohl kaum eine Parallele findet. Während sich die Schwerindustrie vor dem Kriege in der Rohstoffversorgung trotz wachsender Einfuhr noch immer in überwiegendem Maße auf die inländische Erzförderung stützen konnte, ist sie jetzt fast ganz auf das Ausland angewiesen. Von den reichlich 47 Millionen Tonnen Eisenerzen und Schlacken, die wir im Jahre 1913 verhielten, kamen 14 Millionen Tonnen aus dem Inland, 7 Millionen Tonnen aus unserem Grubenbesitz im Großherzogtum Luxemburg, das durch den Friedensvertrag zum Zollausland geworden ist, während etwa 26 Millionen Tonnen aus der inländischen Erzförderung stammten. Unsere Gesamterzeugung war etwas größer: 28,6 Millionen Tonnen, von denen jedoch 2,6 Millionen Tonnen ins Ausland gingen. Sie stammten zu drei Vierteln (21,1 Mill. Tonnen) aus Lothringen, zu einem Viertel (7,5 Mill. Tonnen) aus dem übrigen Deutschland. Da uns Lothringen und Luxemburg mit ihrem Gesamtbesitz von reichlich 2 Milliarden Tonnen durch den Friedensvertrag verloren gegangen sind, bleiben uns nur die etwa 800 Millionen Tonnen in den uns erhaltenen Lagern im Siegerland (Rot-, Braun- und Spateisenstein), im Rahn-Dill-Bezirk (Rot- und Brauneisenstein), am Harz und nördlich des Harzes (Waldschieferstein), in Thüringen (Rot- und Brauneisenstein), in Württemberg (Brauneisenstein), am Weisberg (Rot- und Zweiseisenstein) und in Schlefien (Magnet-, Braun-, Kohleneisenstein), von denen aber lediglich die drei zuerst genannten, größere Bedeutung besitzen. Der ganze Vorrat würde bei Aufrechterhaltung der Vorkriegserzeugung etwa 100 Jahre, bei ihrer natürlichen nur im Laufe einer größeren Reihe von Jahren möglichen Verdoberung dagegen im allgünstigsten Falle — wenn nämlich alles abgebaut werden könnte — höchstens 50 Jahre ausreichen, ohne uns für diese Zeit unabhängig vom Ausland zu machen.

Allerdings ist unser Bedarf an Eisenerzen kleiner geworden, da wir mit Lothringen und dem Saargebiet einen erheblichen Teil unserer Eisenerzindustrie (in Lothringen 13 Betriebe mit einer Produktion von 3864000 Tonnen Roheisen, im Saargebiet 5 Betriebe mit einer Produktion von 1371000 Tonnen) dauernd oder auf Zeit verloren haben. Da auf ihn ein Bedarf von 17 bis 18 Mill. Tonnen Eisenerz entfällt, sind für die uns verbliebenen 75 Betriebe mit einer Leistungsfähigkeit von 11 1/2 Mill. Tonnen Roheisen noch etwa 30 Mill. Tonnen Erze zu beschaffen. Im Inland stehen, wie wir sahen, günstigenfalls zunächst nur 7,5 Mill. Tonnen zur Verfügung, bei harter Erweiterung des Erzbergbaues in späteren Jahren vielleicht etwas mehr, so daß wenigstens 22 Mill. Tonnen im Ausland gekauft werden müssen, wenn wir die Produktionsanlagen der Eisenerzindustrie voll ausnützen wollen. Ist es möglich, diesen unsere höchste Friedenseinfuhr wesentlich übersteigenden Bedarf im Auslande zu decken? Das ist die Frage, von deren bejahender oder verneinender Antwort das Schicksal unserer ganzen Schwerindustrie abhängig ist.

Von den 14 Mill. Tonnen, die wir vor dem Kriege zuletzt im Zollausland kaufen mußten, kamen 4,6 Mill. Tonnen aus Schweden, 3,6 Mill. Tonnen aus Frankreich, der Rest in kleineren Mengen aus Belgien, Griechenland, Norwegen, Desterreich, Rußland, Algerien, Tunis, Britisch-Indien und Neufundland. Von diesen Eisenerzländern sehen uns nach wie vor Schweden und Norwegen sowie Spanien offen, solange der Kauf nicht an unserer Zahlungsunfähigkeit scheitert. In den übrigen Ländern ist dies dagegen zweifelhaft, da sie zum Teil ihre Erze selbst brauchen, zum Teil für uns noch gar nicht zugänglich sind. Das für unsere Erzversorgung westaus wichtigste Land unter ihnen ist natürlich Frankreich, das durch den Friedensvertrag zu seinen großen, überhaupt

noch nicht angegriffenen Eisenerzlagern in der Bretagne und seinen Vorkämen im Norden von Brich und Langhob nun auch noch die Erzgruben in Deutsch-Lothringen erhalten hat. Es hatte vor dem Kriege eine Förderung von 21,9 Mill. Tonnen, eine Einfuhr von 1,4 Mill. Tonnen und einen Verbrauch von 13,3 Mill. Tonnen, so daß rund 10 Mill. Tonnen ausgeführt werden konnten. Jetzt, nach der Annexion von Deutsch-Lothringen kann es bei Ausnutzung der vorhandenen Anlagen insgesamt 43 Mill. Tonnen fördern, von denen es nach vollständigem Wiederaufbau zur Versorgung seiner eigenen Schwerindustrie 13 Mill. Tonnen, zur Versorgung der deutsch-lothringischen Industrie weitere 13 Mill. Tonnen braucht. Sobald die Friedensförderung wieder erreicht ist, kann Frankreich also nicht nur 10, sondern 17 bis 18 Mill. Tonnen Eisenerze anführen, und da die an sich geringwertige lothringische Minette die hohen Kosten eines weltweiten Eisenbahntransportes nicht verträgt, kommen als Absatzgebiete überhaupt nur Belgien und Deutschland in Betracht. Der belgische Bedarf war 1913 nur etwa 7 Mill. Tonnen, die allerdings zu 67 Prozent aus Frankreich, zu 22 Prozent aus dem Großherzogtum Luxemburg kamen. Aber selbst wenn die belgische Einfuhr französischer Erze in den nächsten Jahren erheblich steigen sollte, so würden doch noch immer 10 bis 12 Mill. Tonnen Erze bleiben, die Frankreich zweckmäßig nur an die Saarindustrie und die rheinisch-westfälischen Werke verkaufen kann.

Es ergibt sich daraus, daß die Aussichten der Versorgung unserer Schwerindustrie keine ungunstigen sind. In der Tat haben die Verhandlungen zwischen den rheinisch-westfälischen Industriellen und der Vereinigung lothringischer Erzbergwerke bereits zu einem Abkommen geführt, wonach die deutsche Industrie monatlich zunächst 200 000 Tonnen Minette zu einem annehmbaren Preise erhalten soll. Das sind zwar erst 2 1/2 Mill. Tonnen im Jahre, aber es ist doch ein Anfang, der es unseren Unterhändlern in Paris erleichtern wird, den französischen Erzbergbau zu einer wesentlich größeren Lieferung zu bestimmen und so unsere Produktionsanlagen wieder stärker zu beschäftigen, als das seit dem Zusammenbruch leider möglich war.

Innere Verbandsaufgaben.

I.

H. Henksmeier (Mülheim-Ruhr.)

Im letzten Kriegsjahre und besonders erst nach der Revolution vom 9. November 1918 waren alle Kräfte im Verbands, neben der gewerkschaftlichen Interessentvertretung, vor allen Dingen mit der Agitation beschäftigt. Es galt die aufgerüttelten Arbeitermassen zu erfassen und in das Gefolge der Organisation einzugliedern. Diese Periode ist jetzt vorüber und mit einer gewissen Einschränkung kann heute davon gesprochen werden, „das Feld ist abgegrast und die Organisation allgemein verbreitet“. Nicht zugegeben soll damit werden, daß heute, wie vielfach von Kollegen aus den Betrieben behauptet wird, alles reiflos organisiert sei. Es gibt noch Unorganisierte in fast allen Betrieben — jedoch, und das ist wesentlich, wir finden sie heute nicht mehr in geschlossenen Häufen, sondern zerstreut zwischen den Organisierten. Es sind die Widerspenstigen, die Drückelberger und teils auch Berärgerte, die heute noch abseits stehen. Wenn wir diese Leute, und ferner die vielfach vorhandenen Falschorganisierten für unsern Verband gewinnen wollen, dann ist intensive Kleinarbeit erforderlich. Diese kann wieder nur bei entsprechendem Ausbau unserer Verbandsinstitutionen in der richtigen Weise geleistet werden.

Aber nicht nur das agitatorische Interesse erfordert größere Sorgfalt für den Ausbau des inneren Organisationsapparates, sondern es zeigt sich auch bei Erledigung unserer wirtschaftlichen Aufgaben, bei Lohn- und Tarifverhandlungen, daß die Tätigkeit der leitenden Kollegen, durch einen gut funktionierenden Vertrauensmännerkörper unterstützt und ergänzt werden muß. Wer von unseren an Verhandlungen bei großen Werken beteiligt gewesenem Kollegen hätte nicht schon mit Stauen beobachtet, wie die Direktoren von den mit viel Geschick ausgebildeten „sozialen“ oder statischen Abteilungen ihrer Werke über alle für die Verhandlungen von Bedeutung sei können Einzelvorgängen in den Betrieben unterrichtet werden? Hat in solchen Situationen nicht schon mancher von uns einen Mangel in unserem Organisationsapparat empfunden?

Es ist nicht beabsichtigt, etwa anzudeuten, daß die Kollegen in den einzelnen Verwaltungsstellen nicht bestrebt gewesen seien, in der als notwendig erkannten Richtung zu wirken, wie überhaupt keine Kritik beabsichtigt ist. Zweck der nachfolgenden Zeilen ist, unseren in den letzten zwei Jahren in den Vordergrund getretenen Kollegen, an Hand von Erfahrungen, die in einigen unserer besten Verwaltungsstellen gesammelt sind, mit Ratsschlägen dienen. Dabei sei von vornherein betont, daß nichts in Vorschlag gebracht werden wird, das nicht bereits praktisch erprobt ist.

Beim Ausbau unserer Verbandsorganisation in den Verwaltungsstellen kommt es wesentlich darauf an, sowohl das Prinzip der Zentralisation, wie das der Dezentralisation in der richtigen Weise anzuwenden. Die Zentralisation sollte grundsätzlich nur soweit durchgeführt werden, wie notwendig, um Einheitlichkeit und Geschlossenheit am Orte zu sichern und soweit es sich aus technischen oder finanziellen Gründen als nützlich erweist. Im übrigen ist es aber dringend empfehlenswert durch eine

Er war bereits Mitglied der Nationalversammlung und stand in dieser dem G. Kusschub (für Volkswirtschaft) als Vorwärtiger vor.

Ein wirklicher Praktiker und Kenner, zeigt also an der Spitze des Reichsarbeitsministeriums, dem vor allem auch die christlichen Gewerkschaftler um so mehr Vertrauen entgegenbringen, als er ihnen allen, ein alter Freund und Bekannter ist.

Als Leiter der volkswirtschaftlichen Kurie an der Zentrale des Reichsarbeitsministeriums ist er der großen Mehrheit der heutigen Führer der christlichen Gewerkschaftsbewegung ein unerwünschter Berater und Lehrer bei ihren ersten Schritten in die großen volkswirtschaftlichen Probleme unserer Zeit gewesen. Vor allem von diesen Kreisen her, umschließt ein Band persönlicher Freundschaft ihn mit der gesamten christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Bekanntmachung des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 8. August der 23. Wochenbeitrag fällig für die Zeit vom 8.-14. August.

Die Nummer 26 unseres Verbandsorgans ist vollständig bezugslos. Die Ortsvereine und Hauptstellen werden freundlich gebeten, etwaige Abbestellungen dieser Nummer an die Hauptgeschäftsstelle zu versenden.

Aus dem Verbandsgebiet.

Saargebiet. (Sozialistischer Terror.) In jeder Terror auf der Arbeitstätte etwas unmoralisches, so wird er direkt verwerflich, ja bedeutet ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterschaft, wenn er in einem Gebiete ausgeübt wird, in dem die Eingliederung der Arbeiterschaft die Hauptforderung der Stunde ist. Dies gilt besonders für Saarland, wo einzelne Werke ganz, andere bis zu 70 Prozent und mehr mit französischem Kapital durchsetzt sind, welches wie uns die Behörden in Eifersucht erweisen, an Rücksichtslosigkeit nicht zu überbieten ist. Trotzdem gibt es im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband Leute, die unter allen Umständen die Einseitigkeit der Arbeiterschaft vernichten wollen. Ob aus Haß gegen den christlichen Metallarbeiterverband, oder um die Arbeiterschaft gegenüber dem ausländischen Kapital zur Dummheit zu verurteilen, steht dahin.

Seit dem 1. Mai, der ja auch im Auslande „großartig“ gefeiert wurde, z. B. in Rußland durch Arbeitszwang, treibt dieser Terror die tollsten Mächte. Da die „Regierung“ des Saargebietes den 1. Mai nicht als feierlichen Feiertag erklärte, stellte es der Arbeiterschaft das Saarland in das Belieben der Arbeiterschaft, an diesem Tage zu arbeiten oder zu feiern. Der Bezirksleiter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes erklärte in einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft, es dürfe selbstverständlich kein Terror gegen diejenigen ausgeübt werden, die am 1. Mai arbeiten. Doch genau ist alle Theorie auf dem großen Eisenerz-Stamm in Neunkirchen erklärte ein roter „Freiheitsmann“ einem Parteiführer, wenn ein „Christlicher“ arbeite, würde er die sozialdemokratischen Organisationen aus den Lebensnichtigen Betrieben herauszuholen und die ganze Hütte füllen. Daß damit der Arbeiterschaft der größte Schaden erwachsen würde, kümmerte diesen „Vertrauensmann“ nicht. Der Beamte beugte sich dem Druide.

Auf der Böllinger Hütte setzen einige „Führer“ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes Listen in Umlauf, auf denen ihre Mitglieder eintreiben sollten, nicht mehr mit christlich organisierten zusammen zu arbeiten. Warum? Wahrscheinlich weil der christliche Metallarbeiterverband für die Interessen der Arbeiter bereits Kampfe, als noch viele der heutigen überheblichen Kommunisten bei Schmutz und Freibeier sich im gelben Werkverein wohl fühlten. Arbeiterverrat ist noch ein Schmeichelexel, für ein bezugsloses Treiben.

Da nun ein großer Teil der christlich organisierten Arbeiterschaft am 1. Mai zur Arbeit ging, weil sie es ablehnten, den politischen Feiertag einer ihnen fernstehenden Partei mitzufeiern, so versuchen jetzt sozialistische Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, besonders auf der Burbacher Hütte, den Feiertagsantrag als Arbeitsstag festzusetzen. Da auch der Deutsche Metallarbeiterverband behauptet, er sei religiös neutral, ist es rätselhaft mit welchem Recht die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes den Feiertag der katholischen Kirche, der ein großer Teil der Saarhüttenarbeiter angehört, zum Arbeitsstag ernennen wollen. Wir wollen uns als Verband nicht dazu äußern, sondern überlassen es den katolischen Mitgliedern des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die nötigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Mit welchem Recht die Agitation geschrieben wird, zeigt uns folgender Einzelvorfall: Als auf der Burbacher Hütte ein noch junger christlich-organisierter, katholischer Arbeiter sich weigerte, diese Liste zu unterschreiben, kam es zwischen demselben und dem roten Ausschussmann zu einer Auseinandersetzung, in deren Verlauf der christlich-organisierte Arbeiter sich verwunden wurde.

Wer zerstört die Arbeiterschaft; wer knebelt sie im Interesse eines ausländischen Kapitalismus? Wer trifft die furchtbare Verantwortung, die Arbeiterschaft der Saar in ihren Lebensinteressen zu schädigen? Nur diejenigen, die sich solcher terroristischer Mittel bedienen, während ihre Gewinnung auszuweichen, statt mit ihnen in Frieden zusammen zu arbeiten.

Wenn sich aber im Saargebiet die Arbeiterschaft wieder unter ein kapitalistisches Joch beugen muß, und dazu noch ein ausländisches, dann tragen diejenigen Mitglieder und Führer des Deutschen Metallarbeiterverbandes die Schuld daran, welche durch verwerflichen Terror die Einheitsfront der Arbeiterschaft an der Saar zertrümmert haben, weil ihnen Parteihäß über die Einigkeit der Arbeiterschaft ging.

Karlsruhe. Terror ohne Ende. Vor kurzer Zeit ging durch die Presse eine Notiz, daß in der Maschinen-Gesellschaft hier, ein Familienvater von 6 Kindern wegen seiner Zugehörigkeit zum christlichen Metallarbeiter-Verband nicht eingestellt wurde. Dem gleichen Fall haben wir jetzt wieder zu verzeichnen.

Dem Arbeiter A. H. wurde vom Städtischen Arbeitsamt Karlsruhe Arbeit bei der Firma Schaefer u. Co. am Rheinbrunn zugewiesen. Als H. sich im Betrieb meldete, wurde er zunächst dem Betriebsobmann Nieß vorgestellt.

Nachdem die Art der Arbeit, die dem Einzelnen zugewiesen werden sollte, besprochen war, erklärte Nieß, daß er am Dienstag, den 1. Juni, anfangen könnte. Zum Schluß fragte er den H., ob er auch organisiert sei; dieser erwiderte, daß er Mitglied des christlichen Metallarbeiter-Verbandes sei. Daraufhin erklärte Nieß, daß er als christlich organisierter von ihm in ihren Betrieb nicht eingestellt werden könne, außer er trete in den sozialdemokratischen Metallarbeiter-Verband über. H., der Familienvater von 6 Kindern ist, war einige Zeit schon arbeitslos war, wurde, als er den Arbeitsort ablehnte, abgewiesen und nicht eingestellt.

Kann einem solchen Treiben der sozialdemokratischen Gewerkschaftler gegenüber der christlichen Arbeiterschaft noch länger mit verschämten Namen zugehört werden?

Wo sind die Hüter und Wächter unserer Reichsverfassung, die im Artikel 159 die Koalitionsfreiheit garantiert und im Artikel 163 sagt: „Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche

Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben? Der Paragraph 31 des Vertriebsgesetzes ist von dem Reichsobmann Nieß in großer Weise verletzt worden.

H. ist Protestant und Mitglied der demokratischen Partei. Nachfrage aller nichtsozialdemokratischen Parteien wäre es, jetzt einmal mit aller Entschiedenheit gegen die Nichterhaltung unserer Verfassung und gegen den unerhörten Terror im Land und Reichstag Front zu machen. Arbeitersekretär Penck sagte in einer Rede vor dem Reichstagsklub in Karlsruhe: „Sozialismus ist die Religion der Menschheit“. Wir danken für eine Menschenliebe, die den Nebenmenschen großlos macht.

Diese Vorfälle geben uns den besten Beweis, daß das Wort „Terror“ in den verschiedenen Kreisen gegen christlich organisierte Arbeiter der Reichsversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sich immer mehr verbreitet. Auf eine Verweisung der obersten Instanz des D. M. A. O. in der Verwaltung Karlsruhe, hin geschickt. In Versammlungen wird es unerbötlich ausgesprochen, daß seit die alten Führer des D. M. A. O. Karlsruhe ausgetrieben und der aus Eifersucht folgenden ausgetriebenen Schatz Schulerberg die Leitung inne hat, der Terror sich immer mehr verbreitet, wie nie zuvor. Alle wollen sich und hoffen, daß es auch einmal in seinen Kreisen hämmert und man zur Einsicht kommt, daß eine Bewegung, wie die christliche Gewerkschaftsbewegung, mit Terror nicht anzubringen ist.

(Siehe unter „Streiklicher“: „Die Gewerkschaften und der Koalitionszwang“.)

Merzfeld. Einen Vorkurs hat der Führer der U. S. P., v. Obergrenze, Fritzsche, den freien Gewerkschaften erwiesen. Die freien (sozial-) Gewerkschaften und besonders der Deutsche (sozial-) Metallarbeiterverband besorgen nach immer wieder ihre religiöse Neutralität. Bescheiden konnten sich im besprochenen Wahlkampf die sozialdemokratischen Parteien und ganz besonders die U. S. P. nicht genug tun in der letzten Wahlperiode, daß sie noch christlicher seien als die Parteiführungen, die bemüht sind christliche Grundsätze zu sein. Dieser aber hielt die U. S. P. nicht ab, nachher bei der Wahlperiode in der Wahl in Berlin von ihren Kandidaten zu verlangen, daß sie zuvor aus den christlichen Kreisen ausgetreten sein müßten, wenn sie Stadtverordnete werden wollten.

Religion ist Privatangelegenheit. Der Vertriebler Obergrenze Fritzsche schloß nun in diesem Kreise. Am Donnerstag, den 13. Juli, fand am Denkmalplatz in Merzfeld eine Demonstrationssammlung statt, von drei bestehenden Gewerkschaftsvereinigungen einberufen war, um Stellung gegen den Preiswucher auf dem Lebensmittelmarkt zu nehmen. Als Vertreter des freien (sozial-) Metallarbeiterverbandes sprach nun auch der O. M. A. O. Vorsitzende der Vertriebler Gruppe des genannten Verbandes war. Er behauptete, auch in diese rein wirtschaftliche Versammlung einen Missionar hinein zu bringen, indem er die Vertriebler Arbeiterschaft anforderte, aus der Kirche auszutreten und mit dem Christentum und der christlichen Kirchen endlich zu brechen. Die Vertriebler sind so hochgebildet und an den Haaren herbeigezogen, wie es eben nur bei einem Herrn Fritzsche möglich ist. Wenn aus dem ansehnlichen Umhängeband, daß ein evangel. Pastor nach der Wohnansicht noch keinen Mieter bei sich aufgenommen hat, außer in der Kirche auszutreten, das bringt nur ein ganz netter Mensch fertig. Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß bei der herrschenden Wohnansicht jeder seine eben zu erwerbenden Räume dem Wohnansatz zur Verfügung stellen soll, aber daraus, daß es bei einem Wucherer noch nicht geschehen sein sollte, den Schritt zu ziehen, aus der Kirche auszutreten, halten wir doch wirklich für ein starkes Zeugnis. Uns steht Christentum und Kirche viel zu hoch, als daß wir nicht wüssten, die Erde von der Religion zu trennen. Doch Fritzsche ist ein schlechter Schüler seiner politischen und gewerkschaftlichen Führer. Seine doch einst auf einem Kongress der freien Gewerkschaften bestanden Generalratgeber legten: „Nurere Mitglieder sind antireligiös, weil sie unchristliche Menschen geworden sind“. Also alle Mitglieder der freien Gewerkschaften und mit ihm auch diejenigen des Deutschen Metallarbeiterverbandes, die noch Religion in sich haben, sind unheimliche Menschen. Hoffentlich merkt dieses die Arbeiterschaft, und schäbt das Vorgehen ihrer Führer richtig ein.

Für diejenigen Arbeiter, die noch aus dem Boden des Christentums stehen, darf es keinen Platz mehr in den freien (sozial-) Gewerkschaften geben. Auf der einen Seite Beiträge leisten und eine Verantwortung durch Angehörigkeit stärken, um dafür auf der anderen Seite Verschlimmerungen der christlichen Lebensansicht zu erhalten, ist so widersinnig, daß kein vernünftiger, christlich denkender Arbeiter dieses tun kann. Für sie kann es nur heißen: heraus aus den sozialdemokratischen Gewerkschaften und hinein in die christlichen Gewerkschaften. Für die christlichen Metallarbeiter muß die Parole lauten: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Aus der Branchenbewegung.

Uhrmacher- und Goldschmiedegewerke.

Essen. Die Uhrmacher- und Goldschmiedegewerke, die mit Ausnahme einzelner, seit etwa einem Jahre dem christlichen Metallarbeiter-Verbande angeschlossen sind, haben seitdem die anderen Werkhande angeschlossen. Ihre Löhne und Arbeitsverhältnisse betreffend bessere Löhne. Vor der tariflichen Regelung am 2. Mai 1919 fanden die Löhne der Uhrmacher- und Goldschmiedegewerke weit unter den Löhnen anderer Handwerker, ja selbst unter denjenigen der Arbeiterinnen und Hilfsarbeiter. Erst der am 2. Mai v. J. abgeschlossene Tarifvertrag brachte hierin eine Veränderung. So daß die Kollegen durch den mit der Uhrmacherzweigvereinigung abgeschlossenen Vertrag die Löhne erhielten, die auch in anderen Gewerben und Betrieben geachtet wurden. Im Dezember 1919 und am 12. April 1920 wurde der Tarifvertrag an Punkten der Kollegen verbessert. Am Nachtragsvertrag vom 2. Dezember wurde die Urlaubszahlung je Werktag und eine Erhöhung der Stundenlöhne vorgenommen. Im Nachtragsvertrag vom 13. April wurden schließlich die Löhne erhöht, die ab 1. März d. J. nachgezahlt werden mußten und folgende Höhe aufwiesen:

Klasse A	4.50 M. pro Stunde
Klasse B	4.00 M. pro Stunde
Klasse C	3.30 M. pro Stunde
Klasse D	2.80 M. pro Stunde

Bei diesen Lohnhöhen schien der Höchstlohn erreicht zu sein, denn am 1. Mai der christliche Metallarbeiter-Verband der Uhrmacherzweigvereinigung neue Forderungen auf Erhöhung der Löhne unterbreitete, glaubten die Uhrmachermeister zu antworten zu müssen, daß mit Rücksicht auf die schwierige Lage im Gewerbe eine Lohnerhöhung nicht bewilligt werden konnte. Hiermit gaben sich die Uhrmacher- und Goldschmiedegewerke aber nicht zufrieden, sondern teilten der Regierung mit, daß die Gehälter wenigstens denselben Lohn betragen wollten, wie auch andere Handwerker. Die Regierung lehnte auch jetzt wieder eine Verhandlung ab. Deshalb unterbreitete der Schlichtungsausschuß anfragen wurde. In der Sitzung wurden vom Schlichtungsausschuß folgende Löhne, die ab 1. Juni d. J. gelten sollten, festgesetzt:

Klasse A	5.80 M. pro Stunde
Klasse B	5.00 M. pro Stunde
Klasse C	4.00 M. pro Stunde
Klasse D	3.30 M. pro Stunde

Nur Klasse A gehören diejenigen Gehilfen, deren Leistungen den Durchschnitt übersteigen; zur Klasse B diejenigen, deren Leistungen als Durchschnitt anzusehen sind; zur Klasse C die Gehilfen, deren Leistungen unter dem Durchschnitt bleiben; zur Klasse D diejenigen, welche im ersten Jahre nach Vollendung der vierjährigen Lehre, in ihren Leistungen den Ansprüchen der übrigen Klassen noch nicht genügen.

Die Uhrmacherzweigvereinigung, sowie die Gehilfen haben den Schlichtungsausschuß anerkannt, womit die obigen Lohnsätze Maßkraft erhalten.

Die Uhrmacher- und Goldschmiedegewerke haben wieder einmal gesehen, daß nur durch eine tatkräftige Organisation ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser werden können. Der Uhrmacherzweigvereinigung, der noch in einigen Orten, Deutschlands vertreten ist, hat es bisher noch nicht vermocht, die Lohnverhältnisse der Berufskollegen durchzusetzen zu verbessern. Wir sehen daher, daß in den Orten, in welchen der christliche Metallarbeiter-Verband die Kollegen organisiert hat, die Löhne und Arbeitsbedingungen besser sind, als dort, wo der Uhrmacherzweigvereinigung noch besteht.

Es ist vor einiger Zeit in Berlin ein Tarifvertrag für das Uhrmacherzweigwerk zustande gekommen, der bei weitem nicht die Löhne vorsieht, welche in dem Tarifvertrage des rhein-westf. Industriearbeiterverbandes der christlichen Metallarbeiter-Verband die Gehilfen von größter Teil organisiert hat, zu verzeichnen sind. Dabei ist im Berliner Tarif eine unzulässige Klassifikation der Gehilfen angenommen, die von unseren Kollegen stets fort bekämpft wurde, da durch eine solche Klassifikation tatsächlich nur wenige Gehilfen in den Genuß der mittleren und höchsten Löhne gelangen.

Gehilfen in Berlin sind in 3 Lohnklassen eingeteilt und zwar:

- a) in Gehilfen, die nur einfache Arbeiten ausführen können,
- b) in solche, die alle normalen Arbeiten ausführen können (mit Durchschnittsarbeiter),
- c) in Gehilfen, die feinste und komplizierte Arbeiten ausführen können (Arbeiter ersten Ranges).

Die Löhne stehen in Berlin in

Klasse A	2.90 M. pro Stunde
Klasse B	3.75 M. pro Stunde
Klasse C	4.50 M. pro Stunde

Rechtliche und weit niedrigere Löhne bestehen noch in allen anderen Orten, wo der Uhrmacherzweigvereinigung die Gehilfen organisiert hat, so auch in Dortmund. Es ist daran zu denken, daß der Uhrmacherzweigvereinigung nicht in der Lage ist, die Interessen der Berufskollegen zu vertreten, da ihm dazu die Macht fehlt. Nur durch Anschluß an eine starke gewerkschaftliche Organisation, wie sie unser christlicher Metallarbeiterverband darstellt, sind die Löhne und Arbeitsverhältnisse einer dauernden Verbesserung entgegenzuführen.

Maschinen- und Heizer.

Essen. (Nachgruppe der Maschinen- und Heizer.) Unsere Nachgruppe versammelt am Sonntag, den 4. Juli einen industriellen Markt festzusetzen. Diesmal war uns die Besichtigung der Hütte Röhning in Bergedorf bereitwillig gestattet. Raffee Kolben hatten Gelegenheit, den Bedienung des Ofens zu verfolgen. Aus dem großen Stempeltag lagerten die verschiedenen Arten von Erzen, von welchen die schwedischen Erze am meisten vorhanden waren, da deren Einfuhr während des Krieges kaum gestoppt hat, während von anderen ausländischen Erzen, z. B. spanischen, nur noch geringe Reste vorhanden waren. Man konnte verfolgen, wie ein Erzen Erz nach dem anderen und gleichzeitig auch eisenerzende Massen, Rotisenstein, Kalkstein, Koks usw. durch Luftpumpen zum Hochofen beibringt wurden, um in dessen unheimlichem Rachen zu verschmelzen. Der Rhythmus des Hochofens wurde mit ganz besonderem Interesse verfolgt. Große Hitze ausströmend stieß das Schmelzmaterial durch Rinnen in die vorbereiteten Becken, um dort nach erfolgter Erstarrung vom Fallwerk zerhacken und von dem Magnetkran in bereitestehende Waggons zu werden.

Nach erfolgter Besichtigung der Maschinenanlagen wurde Herr Direktor Reichart für die freundlich übernommene Führung der herrliche Dank unserer Kollegen ausgesprochen. Dann war zwangloses Beisammensitzen in einem nahegelegenen Lokal, wo von vielen Kollegen, die von einem Hochofenwerk noch keine richtige Vorstellung gehabt hatten, angesprochen wurde, daß dieser Ausflug zur Hütte Röhning für sie äußerst interessant gewesen sei. Allgemein wurde gewünscht, bezügliche Besichtigungen industrieller Werke noch öfter zu unternehmen.

Wegen des Artikels „Zum Verbandstag“ mußte der Zeitartikel: „Der große Bankrott“ zurückgestellt werden.

Wien (Westl.). Unsere Geschäftsstelle befindet sich Südbahnhof Nr. 8. Das Parteiliche christliche Gewerkschaften und des Parteiliche der christlichen Gewerkschaften vom 1. August ab sich in der Memianstr. 13/18 a, 5. Etage, befinden. Die Kollegen werden gebeten, sich in allen Angelegenheiten dort zu wenden.

„Das Gewinde“ 3. verbess. Auflage
Ein unentbehrliches Handbuch f. Dreher, Mechaniker und dergl. Enthält rund 7500 berechnete Radersätze für rund 7750 Gewinde. Leichtverständliches Lehrbuch für den Arbeiter zum Gewindeschneiden, Konischdrehen, Gradenteilung, Umdrehungsgeschwindigkeit und dergl. Zu beziehen von Wilhelm Schuler, Augsburg, Imhofstraße 79. Preis 7.— M. per Nachnahme 65 Pf. mehr. (Postscheckkonto Nr. 9339 München)

fachleute
Modellschreiner und Kesselschmiede für Apparatenbau können in Holland Arbeit bekommen bei Utrecht'sche Maschinenfabrik e. v. Franz Smulders, Utrecht.
Nähere Auskunft erteilt die Geschäftsstelle des Christl. Metallarbeiterverbandes in Essen, Limbeckerplatz 26.